



## Buchbesprechungen

### Religion in der politischen Öffentlichkeit

Martin Breul: *Religion in der politischen Öffentlichkeit. Zum Verhältnis von religiösen Überzeugungen und öffentlicher Rechtfertigung*, Paderborn: Ferdinand Schöningh 2015, 270 S., ISBN: 978-3-506-78233-5.

In der Debatte um die demokratiethoretisch überzeugende Verhältnisbestimmung von säkularer Republik und partikularen Religionsgemeinschaften in ihrer Mitte plädiert Martin Breul in seiner vorzüglichen Kölner Dissertation ebenso nachdrücklich wie überzeugend für einen „moderaten Exklusivismus“. In seiner an der Schnittstelle von Religionsphilosophie und Politischer Theorie angesiedelten Untersuchung weist er einen kritiklos-religionsfreundlichen Inklusivismus, der „dem öffentlichen Diskurs keinerlei Beschränkungen hinsichtlich der Zulässigkeit bestimmter Überzeugungen auferlegen möchte“, ebenso zurück wie einen säkularistischen Exklusivismus, der auf „eine liberale Pauschaldiskriminierung religiöser Argumentationsformen durch den apriorischen Diskursausschluss“ hinauslaufe. Der „moderate Exklusivismus“ (dieses Programmwort hätte einen guten Titel der Studie abgegeben!) vertritt, als Exklusivismus, zwar ebenfalls das säkulare „Ideal der Rechtfertigungsneutralität“, demzufolge politische Normen nur dann Legitimität beanspruchen dürfen, wenn sie „mit Gründen gerechtfertigt werden können, die von allen möglicherweise Betroffenen geteilt werden können“ (12 f.). Er ist aber insofern „moderat“, als er religiöse Überzeugungen nicht aus der Öffentlichkeit verbannt, sondern ihnen – jenseits universalistischer Begründungsfragen – ein breites und wichtiges Artikulations- und Aufgabenfeld öffentlicher Präsenz ein-



räumt, etwa im Hinblick auf Handlungsmotivationen, auf die Entfaltung religiös inspirierter gesellschaftskritischer Potenziale, auf zusätzliche Begründungsleistungen u. ä. (vgl. 250). Breul spricht hier von einem „moderierenden Moment“ (13).

Die souverän durchkomponierte und gut lesbare Studie beginnt mit einem systematischen Überblick über die vor allem US-amerikanische Debatte (21–103). Der Autor kartographiert hier in prägnanter Durchführung ein Diskursterrain, das er durch vier Argumentationstypen charakterisiert sieht: konsequenzialistische, ethische, politische und vor allem epistemologische Argumente. Konsequenzialistische und politische Überlegungen leiden für ihn allerdings daran, dass sie aus empirisch-soziologischen Befunden „die vorschnelle normative Forderung einer Exklusion oder Inklusion“ ziehen und damit den Kategorienfehler der „Ableitung normativer Konklusionen

aus deskriptiven Prämissen“ (44 f.) begehen. Ethische Argumente, die für geltende Normen einerseits die weltanschauungsneutrale Rechtfertigungspflicht verteidigen, andererseits aber die Artikulations- und Partizipationsrechte „religiöser Bürger“ diskriminierungsfrei stellen wollen, stehen sich für Breul mit jeweils guten Gründen frontal gegenüber, so dass hier „ein argumentatives Unentschieden“ (13, 175), ein „stabiler Dissens“ (100) zu konstatieren sei. Den eigentlichen „Schlüssel für die Lösung der Debatte“ (81) sieht er jedoch ohnehin in den epistemologischen Reflexionen. Diese behandeln die Frage, ob in öffentlichen Diskursen eine „allgemein zugängliche, reziproke Rechtfertigung für bestimmte Normen“ überhaupt möglich ist, ob solche Rechtfertigungen also „vernünftigerweise einsehbar“ (95 f.) sind. Diese vernunftoptimistische und für das universalistische Projekt der politische Moderne schlechthin konstitutive Position wird von Breul hartnäckig in Anschlag gebracht, da man sonst in „rechtfertigungstheoretische Willkür“ gerate und jede „Möglichkeit von kontextübergreifender Kritik“ verliere (246).

Breul will also die „Notwendigkeit einer allgemeinen Akzeptierbarkeit von öffentlichen Rechtfertigungen“ verteidigen, ohne deshalb für den „pauschalen Ausschluss aller religiösen Überzeugungen als kognitiv defiziente Überzeugungen“ (101) eintreten zu müssen. Um auf diesem Weg voranzukommen, wendet er sich in einem zweiten Anlauf naheliegender Weise dem Habermasschen Postsäkularisierungstheorem zu (105–174). Dieses stelle nämlich eine über rechts- und religionsphilosophische Fragestellungen hinausführende „Sammelthese aus soziologischen, normativen und philosophi-



schen Erwägungen“ dar und verleihe der Frage nach dem Verhältnis von Religion und Republik damit „eine neue Tiefendimension“ (103).

Allerdings steht Breuls Auseinandersetzung mit Habermas selbst wieder im Zeichen einer religionsphilosophischen Engführung. Er setzt sich nämlich vor allem mit dessen Übersetzungsforderung auseinander, die „nicht uneingeschränkt zu überzeugen“ (106) vermöge. Bekanntlich zeigt sich Habermas seit den späten 1980er Jahren davon überzeugt, dass das Projekt der politischen Moderne entgleisen könnte, wenn es nicht gelingt, zentrale Gehalte der religiösen Tradition in eine säkulare Sprache zu übersetzen. Und in seiner berühmten Friedenspreisrede des Jahres 2001 sprach er sogar davon, dass die Artikulationskraft religiöser Sprachen den „ungläubigen Söhnen und Töchtern der Moderne“ auch unabhängig von aller Übersetzbarkeit „etwas sagen kann“. Denn auch diejenigen, die davon überzeugt sind, dass es keinen im Tode rettenden Gott gibt und die Erschlagenen wirklich erschlagen sind und bleiben, empfinden ihm zufolge „den ohnmächtigen Impuls, am Unabänderlichen doch noch etwas zu ändern“, und „einander mehr schuldig zu sein und selbst mehr nötig zu haben, als ihnen von der religiösen Tradition in Übersetzung zugänglich ist“ (Glauben und Wissen, 2001). Die möglichen Potenziale nicht-übersetzter bzw. nichtübersetzbarer religiöser Semantik werden von Breul aber nicht weiter ausgeleuchtet.

Stattdessen arbeitet er sich kritisch daran ab, dass religiöse Überzeugungen für Habermas, auch wenn er die-

sen mitunter einen nicht schlechthin irrationalen Status zugesteht (vgl. 147), im Kern doch diskursiv unzugänglich sind und eine „kognitiv unannehmbare Zustimmung“ für die Philosophie darstellen (vgl. 153). Gegen diese „Stilisierung von Religion als epistemisch unzugängliche black box“ (169) plädiert Breul für das „Zugeständnis einer partiellen vernünftigen Durchdringbarkeit religiöser Überzeugungen“ (171), da „zumindest einige religiöse Überzeugungen kognitiv zugänglich und diskursfähig“ (145) seien. Authentische religiöse Überzeugungen enthielten nämlich, wie er im Rekurs auf die augustinische Unterscheidung von *fides qua creditur* und *fides quae creditur*, auf die Differenzierungen von *faith* und *belief*, von fiduziellem und doxastischem Glauben betont, immer auch „kognitive Elemente“, die als solche „einer öffentlichen Diskussion fähig sind“ (182). Sie seien nicht „bloß subjektive, private Geschmacksäußerungen oder Präferenzen“ (176), sondern „kognitiv zugänglich und zugleich nicht allgemein akzeptabel“ (182), da ihre Akzeptabilität für Agnostiker und Atheisten nicht gegeben sei. „Das kognitive Für-Wahr-Halten eines religiösen Inhalts ist an das Vorliegen einer religiösen Einstellung gekoppelt, wenn man von einer authentischen religiösen Überzeugung sprechen möchte.“ (188) Als Fazit hält Breul deshalb fest, „dass religiöse Überzeugungen in öffentlichen Rechtfertigungsdiskursen nicht den Goldstandard öffentlicher Rechtfertigung einhalten“, auch wenn „die mögliche kognitive Verfasstheit und damit die intersubjektiv-diskursive Nachvollziehbarkeit religiöser Überzeugungen“ ihnen „eine Vielzahl an-

derer wichtiger Rollen im öffentlichen Diskurs ermöglicht“ (249).

Ob die religionsphilosophische These von der partiellen „kognitiven Zugänglichkeit“ religiöser Überzeugungen Agnostiker und Skeptizisten motivieren wird, in öffentlichen Diskursen nach eben diesen kognitiven Gehalten zu fahnden und sich insofern stärker als bisher auch rational auf religiöse Traditionen einzulassen (falls man diese Nutzenanwendung aus der Studie überhaupt ziehen kann), dürfte aber fraglich sein. Zudem dürfte religiöse Semantik ihre spezifische Bedeutung für die politisch-moralischen Sensibilitätslagen öffentlicher Debatten wohl ohnehin eher aus denjenigen Tiefenschichten beziehen, die mit religionsphilosophisch-kognitiven Mitteln eben nicht beerbbar sind. Habermas' aufsehenerregende Absage an die klassische Religionsphilosophie (vgl. 157, Anm. 404) kommt jedenfalls nicht von ungefähr. Die normative Debatte um Zielsetzung und Leistungsfähigkeit des Habermasschen Postsäkularitätstheorems wird jedenfalls weitergehen.

Wer sich mit den aktuellen Diskurslagen um Religion und Republik verlässlich vertraut machen will und nach weiterführenden Theorieperspektiven diesseits und jenseits religionsphilosophischer Fragestellungen Ausschau hält, sollte an diesem wertvollen Buch nicht vorbeigehen. Denn das hier entfaltete Konzept eines „moderaten Exklusivismus“ wird man vor allem auch in religionspolitischer Hinsicht nicht unterschreiten können.

Hermann Josef Große Kracht,  
Darmstadt



### Nachhaltigkeit und Transformation

Jörg Hübner/Günter Renz: *Gut – besser – zukunftsfähig. Nachhaltigkeit und Transformation als gesellschaftliche Herausforderung* (edition akademie: Neue Folge), Stuttgart: Kohlhammer 2015, 156 S., ISBN 978-3-17-026245-4.

Spätestens seit den 1970er Jahren wird auf den Bereich der Umweltethik aus Reihen der Christlichen Sozialethik verwiesen, dieser somit auch theologisch weitergedacht. Deshalb mag es befremdlich wirken, wenn 2015 der Auftaktband einer neuen Reihe (edition akademie: Neue Folge) unter dem Titel „Gut – besser – zukunftsfähig. Nachhaltigkeit und Transformation als gesellschaftliche Herausforderung“ erscheint.

Dieser fälschlicherweise erweckte Eindruck einer „Erstbeschäftigung“ wird aber bereits mit den Beiträgen von Zahrnt und Brand revidiert. Denn Neuland soll keineswegs betreten werden. Vielmehr steht die Veröffentlichung und die eben dieser vorausgehende Tagung in der Tradition der beiden Studien „Zukunftsfähiges Deutschland I“ (1996) und „Zukunftsfähiges Deutschland II“ (2008).

Verschiedene Perspektiven des Transformationsprozesses werden im zweiten Teil des Tagungsbandes vorgestellt: Hübner, Welzer und Zahrnt/Schneidewind geben mit ihren Beiträgen Einblick in die aktuelle Debatte, die für Leser, welche sich bislang wenig mit Fragen aus dem Bereich Umwelt- und Entwicklungsethik beschäftigt haben, eine sehr hilfreiche Informationsbasis darstellt, dem in der Materie beheimateten Interessierten aber nur wenig Neues bietet.

Anders stellt sich dies bei Knoflacher, Kurth, Gottwald/Boergen und Bommert dar. Sie bemühen sich, mit ihren Beiträgen den Begriff der Nachhaltigkeit in unterschiedlichen Themenbereichen (Mobilität, Stadtentwicklung, Ernährung und Bodennutzung) zu verorten und anzuwenden. Dabei werden sie auch der Forderung des Untertitels – Nachhaltigkeit und Transformation als gesellschaftliche Heraus-



forderung – gerecht. Denn der Schwerpunkt dieses Sammelbandes liegt keineswegs auf dem theoretischen Hintergrund, sondern auf der Frage, wie heute aus unterschiedlichen Blickwinkeln heraus die Bewältigung einer zukunftsfähigen Gesellschaft bereits geschieht beziehungsweise was noch benötigt wird, um dieses Unterfangen gelingen zu lassen.

Eine theologische Verortung bietet einzig und allein Meireis. Entgegen der etwas reißerisch formulierten Überschrift „Protestantisches Ethos als ‚Killer-App‘?“ überzeugt der Beitrag durch eine Auseinandersetzung mit religiösen Aspekten, die bei einem von den Leitern einer evangelischen Akademie herausgegebenen Band erwartet werden darf. Aufbauend auf die Konklusion Fergusons, dass sich „die christliche Moral nicht nur für ein sinnvolles zivilisierendes Instrument, sondern auch persönlich für einen angemessenen Kodex des guten Lebens“ anbiete (S. 133), kommt er zu den zentralen Argumenten seiner Position, also der sehr wohl berechtigten Teilnahme der protestantischen Theologie im Ringen um den rechten Nachhaltigkeitsbegriff durch ihre Orientierung an: „einer bestimmten Gestalt des guten Lebens, [...] einer spezifi-

schon Auffassung von Gerechtigkeit und [...] einer bestimmten Auffassung der Natur“ (S. 144).

Ob jedoch die exklusive Auseinandersetzung aus protestantischer Sicht klug und der Thematik gerecht war, ist eine Frage, die den Herausgebern gestellt werden kann und muss. Schließlich war (und ist) die Studie ebenso katholisch wie protestantisch (Zukunftsfähiges Deutschland I wurde von BUND, Wuppertal-Institut und Misereor, Zukunftsfähiges Deutschland II dagegen von BUND, Wuppertal-Institut und Brot für die Welt herausgegeben). Ein weiterer Beitrag aus dem theologischen, dann eher katholischen Blickwinkel heraus hätte die Zusammenhänge deutlicher hervortreten lassen und das ökumenische Potential der Schlagworte Nachhaltigkeit und Transformation unterstrichen. Denn wenn diese beiden Begriffe in ihrer heutigen Verwendung auch nicht allein aus dem religiösen Bereich hervorgegangen sind, so bleibt doch die Hoffnung (oder: Tatsache?), dass sie im theologischen Kontext das Potential haben, eine weitere Ebene mit einzubeziehen und hierzu ergänzende Begründungsmuster bieten. Auf diese zugunsten einer leichteren Verständlichkeit über die eigenen Grenzen hinaus zu verzichten, hieße auch, die Forderungen der Öffentlichen Theologie außen vor zu lassen, was gerade bei einem breitenrelevanten und -wirksamen Thema wie der Umweltethik zu kurz gedacht wäre.

Eine Untergliederung bereits im Inhaltsverzeichnis hätte den Überblick vereinfacht und zu einer leichteren Orientierung im Buch führen können.

Nichtsdestoweniger stellt der Band einen Zugewinn dar, der unter anderem die große Reichweite der Studien „Zukunftsfähiges Deutschland I“ und „Zukunftsfähiges Deutschland II“ und die in ihrer Tradition stehenden Weiterführungen und Aktualisierungen nachzeichnet und würdigt.

*Julia Blanc, Belfort/Frankreich*



### Europas Krise und die katholische Soziallehre

Heinrich Schneider: *Europas Krise und die katholische Soziallehre. Herausforderungen und Reformperspektiven*, Heiligenkreuz: Be&Be-Verlag 2014, 227 S., ISBN 978-3-902694-68-3.

Die Krise Europas ist im Wesentlichen die Krise der Europäischen Union, und mit ihr und der Richtung, in der eine Reform der EU gehen sollte, befasst sich der emeritierte Wiener Politikwissenschaftler Heinrich Schneider. Die 15 Kapitel des Buches widmen sich eigentlich zwei unterschiedlichen, aber hier mit einander verbundenen Anliegen, nämlich einer Apologie der Katholischen Soziallehre (KSL) einerseits und den Vorschlägen für eine Neuausrichtung der grundlegenden politischen Institutionen der EU andererseits. Zu konkreten Handlungsvorschlägen in Bezug auf die Krisensymptome Europas – vor allem die Finanzkrise und die Migration – kommt Schneider erst am Schluss. Es handelt sich also um eine eher grundsätzlich angelegte politische Ethik der EU, zu welcher der Europa-Fachmann Schneider hier ausholt.

Die Orientierungskraft der KSL versucht Schneider mittels des Gemeinwohlbegriffs zu erweisen. Zwar habe die quasi-dogmatische, naturrechtliche Auffassung des Gemeinwohls im 20. Jahrhundert schließlich zur Abkehr von diesem Begriff geführt, wie er in einem Durchgang durch die Geschichte der politischen Theorie seit dem Mittelalter darlegt. Allerdings habe das 2. Vatikanische Konzil keineswegs – wie Vertreter einer Neuausrichtung der KSL behaupteten – den Gemeinwohlbegriff an sich verabschiedet, sondern im Gegenteil ihn personalistisch neu ausgerichtet (vgl. 47). Das Gemeinwohl müsse im Licht der „Zeichen der Zeit“ zum einen von der Menschenwürde her verstanden und zum anderen auf die Menschheit als Ganze bezogen werden. Wo immer menschliche Gemeinschaften bestehen, müssen sie auf ihr spezifisches Gemeinwohl – gemeint ist wohl die Menschenwürde der



Mitglieder – ausgerichtet sein, woraus Schneider wiederum einen föderalen Stufenaufbau der globalen politischen Ordnung ableitet, von der Familie über den Staat bis schließlich hin zu einer globalen Ordnungsinstanz. Außerdem vollzieht er damit den für seine weitere Argumentation entscheidenden Übergang zur Europäischen Union: Da die Geschichte der europäischen Integration die europäischen Staaten, Völker und Bürger faktisch in einer „Schicksalsgemeinschaft“ verbunden habe, müssten sie sich auch als „Gemeinschaft“ mit einem eigenen Gemeinwohl verstehen und die Verfassungsordnung der EU entsprechend einrichten (vgl. 52–55).

Die Ursachen der aktuellen EU-Krise erblickt Schneider im Übergewicht des Ökonomischen über die Politik und in den nationalen Egoismen, die dem supranationalen europäischen Gemeinwohl zuwider stehen. Notwendig sei daher eine echte politische, föderale und demokratische europäische Verfassungsordnung, die gleichwohl die nationalen Identitäten nicht ersetzt, sondern die nationale Ebene subsidiär um eine supranationale Ordnung ergänzt. Wie diese Ordnung

aussehen könnte, diskutiert Schneider ausführlich entlang der beiden Großalternativen eines parlamentarischen Zweikammersystems mit EU-Parlament und einem zur Staatenkammer mutierten Europäischen Rat mit der EU-Kommission als Regierung einerseits, und einem präsidentiellen System mit einem von den Unionsbürgern direkt gewählten EU-Präsidenten andererseits. Trotz erkennbaren Zuneigens zur ersten Alternative hält Schneider die Systemfrage letztlich offen und weist auf ein weiteres fundamentales Problem hin: Eine wie auch immer geartete Stärkung der supranationalen Ebene wird nur erfolgreich sein können, wenn die Bürger hinter ihr stehen und ein supranationales europäisches Bewusstsein ausprägen, das auch schwierigen Verteilungsentscheidungen standhält (vgl. 158). Daher besteht eine wichtige Aufgabe von Kirchen und engagierten Christen darin, die mentale Konzentration auf den Nationalstaat zu überwinden und in der Auseinandersetzung mit Politik und Öffentlichkeit für eine sachlich informierte und gemeinwohladäquate (menschenwürdeorientierte) Europapolitik einzutreten (vgl. 218f).

Schneider hat ein engagiertes und überaus sachkundiges, keineswegs an einfachen Lösungen ausgerichtetes Plädoyer für eine weitgehende föderale politische europäische Integration verfasst. Seine Stärken liegen vor allem dort, wo er auf der Basis breiter Forschungsliteratur mögliche Verfassungsalternativen für die EU diskutiert. Das Buch ist eher für einen innerkirchlichen Adressatenkreis verfasst, der sich mit einem traditionellen Verständnis von KSL identifiziert. Das zeigt sich etwa daran, dass Begründungsproblemen mit dem Verweis auf kirchenamtliche Verlautbarungen begegnet wird. In politisch-ethischer Hinsicht bleibt der Gemeinwohlbegriff inhaltlich zu wenig konturiert, um als Maßstab für die überaus komplexen Verfassungsstrukturen moderner Staaten und der EU annähernd geeignet zu sein, und der Hin-



weis auf die naturrechtliche Fundierung einer europäischen föderalen Ordnung dürfte kaum ausreichen, um Skeptiker des EU-Projekts zu überzeugen. Schneider ist sich sehr wohl bewusst, dass eine europapolitische Weiterentwicklung ohne die Unterstützung der Bürger nicht möglich sein wird – die aber durch den Appell an

die Einsicht und durch Identitätspolitik kaum zu erlangen sein wird. Die Christliche Sozialethik steht vielmehr vor einer erheblich fundamentaleren Aufgabe, nämlich angesichts der politischen Schwäche sowohl der EU, als auch des Nationalstaats als auch der internationalen Institutionen nach belastbaren Quel-

len von politischer Solidarität und den ihr entsprechenden Institutionen zu fragen. Dafür ist der Austausch mit aktueller Sozialtheorie und Sozialwissenschaft vermutlich ergiebiger als der Rückgriff auf die Begründungsfiguren einer traditionellen KSL.

*Christof Mandry, Frankfurt a. M.*

### SocialMania

*Petra Grimm, Michael Müller (Hg.): SocialMania – Medien, Politik und die Privatisierung der Öffentlichkeiten (Schriftenreihe Medienethik Bd. 13), Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2014, 90 S., ISBN/EAN: 9783515109505.*

Es handelt sich hier um einen Tagungsband, der auf den Kongress SocialMania vom Juni 2012 an der Hochschule für Medien in Stuttgart zurückgeht. Er beinhaltet eine ausführliche Hinführung der beiden Initiatoren des Kongresses, Petra Grimm und Michael Müller, sowie sechs weitere Vorträge der Referenten. Grimm und Müller beschreiben, wie sich aufgrund der überbordenden Bedeutung des Internets drei große Medien-Utopien und Medien-Dystopien gegenüberstehen:

- Die erste Utopie beschäftigt sich mit dem Internet als Plattform für Wissensabfrage. Wissen sei im Zeitalter des World Wide Web für alle frei zugänglich sowie immer und überall abrufbar. Dieser Utopie gegenüber steht die dystopische Annahme, dass Menschen von der Informationsflut im Internet überfordert seien und der Raum für „Reflexion und Muße“ genommen werde. Weiter gesteigert werde das durch die ständige Erreichbarkeit von Mitarbeitern durch E-Mails, Smartphones etc.
- Warum beide Themen hier verbunden werden, ist für den Leser nicht ersichtlich: Zwar ist die permanente Erreichbarkeit ein wichtiges Thema, doch handelt es sich um eine ganz andere Problematik, als die Informa-



- tionsflut im Internet und deren beliebige Abrufbarkeit.
- Die zweite Gegenüberstellung beschäftigt sich mit dem ökonomischen Aspekt des Internets. Die Utopie bestehe darin, dass das Internet als „Wachstumsmotor für die Weltwirtschaft“ fungiert, Kunden in den Fokus nimmt, neue Geschäftsmodelle entwickelt. Die dazugehörige Dystopie mache deutlich, dass dadurch die Privatsphäre im traditionellen Sinn zum Auslaufmodell geworden sei. Zwar scheinen viele Menschen diese Situation zu beklagen, sie sind aber in der Regel dennoch nicht bereit, auf Internet-Aktivitäten und -Angebote zu verzichten.
- Die dritte Gegenüberstellung beschäftigt sich mit der sozialpolitischen Dimension der Internets. Die Utopie – so Grimm und Müller – lau-

tet: Das Internet lässt neue Formen der Demokratie und Teilhabe entstehen. Die Dystopie bestehe darin, dass sich zwar Gruppierungen im Internet finden, dass sich sogenannte digitale Fellowships bilden, dass aber gesamt-demokratisch keine gemeinsame Wissensbasis mehr zustande komme.

Die nachfolgenden Beiträge befassen sich durchaus mit dem Thema Internet, knüpfen jedoch nicht konsequent an die zuvor beschriebenen Utopien und Dystopien an. Das ist insofern bedauerlich, als somit die genauere Analyse dieser drei Gegenüberstellungen ausbleibt. Eine verpasste Chance. Die Beiträge sind von unterschiedlicher Qualität, teilweise beschränken sie sich auf die Beschreibung einzelner Internet-Phänomene. Exemplarisch soll hier auf zwei Beiträge eingegangen werden:

Jan-Hinrik Schmidt beschäftigt sich mit der Frage, ob das Social Web in unsere Zeit passt. Über acht Seiten erläutert er einige gängige Praktiken in den sozialen Medien. Hier stellt sich die Frage, an wen ein solcher Beitrag gerichtet ist. Leser, die sich mit den Themen Internet, Social Web, Medienethik etc. auch nur ansatzweise auseinandergesetzt haben, erhalten weder neue Informationen noch gewinnen sie irgendeine wissenschaftliche Erkenntnis. Es werden lediglich bekannte Herausforderungen des Social Webs beschrieben, um abschließend im Fazit die These aufzustellen: „Das Social Web passt in unsere Zeit, weil es zentrale Morphologien, Mechanismen und Paradoxien der Gegenwartsgesellschaft formt, ver-



mittelt und ausdrückt.“ Eine fragwürdige Schlussfolgerung. Denn vermutlich hätte Schmidt seine Ausgangsfrage, ob das Internet in unsere Zeit passt, vor dreißig Jahren nicht anders beantwortet. Wichtiger wäre die Frage nach dem Umgang der Menschen mit dem neuen Massenmedium, mit dem Prozess seiner permanenten Weiterentwicklung.

Auch der Beitrag von Anke Domscheit-Berg bleibt oberflächlich. Sie beschreibt Beispiele des politischen Bürgerengagements, das sich des Internets als Vernetzungsmedium bedient. Auch hier fragt man sich als Leser nach dem Erkenntnisgewinn. Ihre idealistische Schlussfolgerung lautet: „Wir haben mehr Macht als je zuvor, Transparenz von unten herzustellen, auch wenn das von politischer Seite häufig scheinbar nicht gewollt wird.“ Die implizierte An-

nahme, die demokratisch gewählten politischen Vertreter unseres Landes wollten keine Partizipation der Bürgerinnen und Bürger, wird nicht weiter begründet. Darüber hinaus legt Domscheit-Berg bei den genannten Beispielen mehr Gewicht auf die Bewertung als auf eine medienethische Untersuchung. So schreibt sie: „Den Höhepunkt erfolgreicher Proteste stellt jedoch das gescheiterte Anti-Counterfeiting Trade Agreement (ACTA) dar, in dem mit dem vordergründigen Ziel der Piratenbekämpfung wieder rechtsstaatliche Grundprinzipien verletzt, die Freiheit von Menschen im Internet eingeschränkt und ihre Kommunikation und Handlungen überwacht worden wären.“ Weiter heißt es: „ACTA hätte Menschenleben kosten können“.

Domscheit-Bergs Fazit, das Internet ermögliche mehr gelebte Demokratie, ist

nicht falsch, denn das Internet kann für politische Zwecke als Massenmedium genutzt werden. Doch sind Demokratie und Partizipation nicht allein eine Frage des Mediums. Ihr Fazit wirkt geradezu naiv angesichts dessen, dass per Internet keineswegs nur demokratisches Gedankengut verbreitet wird, dass das Internet vielmehr Raum bietet für Extremisten und viele Formen der Diskriminierung. Demokratiefördernd kann es nur durch Nutzer werden, die mit seiner Hilfe demokratiefördernd agieren.

Auch mit Blick auf die übrigen Beiträge wirkt der gesamte Tagungsband eher wie eine Einführung aus vergangener Zeit in das Thema Internet. Politische, pädagogische und ethische Lösungsansätze zu den aktuellen Herausforderungen fehlen.

*Agnes Kläsener, Münster*

### Eine arme Kirche für die Armen

Jorge Gallegos Sánchez, Markus Luber: *Eine arme Kirche für die Armen – Theologische Bedeutung und praktische Konsequenzen*, Regensburg: Pustet 2015, 304 S., ISBN/EAN: 9783791726731.

Als Franziskus zu seiner ersten Papstreise aufbrach, war Lampedusa sein Ziel. Er erinnerte auf der Mittelmeerinsel an das Schicksal von tausenden ertrunkenen Flüchtlingen und besuchte Menschen, die aus nackter Angst ums Überleben ihre Heimat verlassen hatten. Damit zeigte das katholische Kirchenoberhaupt, dass er es mit seinem Hauptanliegen sehr ernst meint: Die Weltkirche soll „eine arme Kirche für die Armen“ sein. Was aber bedeutet dieses prägnante Wort, das der Papst kurz nach seiner Wahl gegenüber Medienvertretern äußerte, für Kirche und Theologie? Vor welche Herausforderungen werden hier die (katholischen) Christen gestellt? Mit diesen Fragen befasst sich ein Autorenkollektiv, das das pastorale Ziel des Papstes gleich zum Titel des Buches gewählt hat. Vorausgegangen war an der Hochschule St. Georgen



in Frankfurt ein Studientag des Instituts für Weltkirche und Mission (IWM), auf dem sich einige der Verfasser bereits mit den Quellen wie auch den Konsequenzen der (Neu-)Ausrichtung durch Franziskus befasst hatten.

Wollte man es salopp sagen, dann hat Franziskus das Rad nicht neu erfunden,

sondern ganz im Gegenteil: Seine Positionierung steht in direkter Anbindung an die biblische wie auch kirchengeschichtliche Tradition der Kirche, betont beispielsweise der Dogmatiker Dirk Ansorge. Er wie auch einige weitere Autoren kommen häufig auf Texte des Alten wie des Neuen Testaments zu sprechen, vom Propheten Amos über die Bergpredigt Jesu bis hin zu den paulinischen Briefen. Überall zeige sich, wie sie hervorheben, ein zentrales Element im Umgang mit Armen und Bedürftigen, das auch im II. Vatikanischen Konzil und den lateinamerikanischen Bischofskonferenzen von Medellín oder Puebla hervorgehoben werde: Die Menschen, die Not leiden, dürfen nicht als Objekte von noch so gut gemeinter Fürsorge, sondern müssen als Subjekte gesehen werden, denen man auf Augenhöhe begegnet.

Wer aber sind eigentlich diejenigen, die als „arm“ bezeichnet werden? Aus unterschiedlichen Perspektiven wird diese Frage in den Blick genommen, mal vornehmlich ökonomisch, mal stark theologisch oder auch eher soziologisch. In Mar-

kus Patenges Plädoyer für ein Verständnis von Armut, das viele Gesichter hat, kommt sehr deutlich zum Ausdruck, dass sie nicht nur eindimensional als materielle Not verstanden werden, sondern der Blick auf alle Menschen gelenkt werden soll, die unter „Mangel an Verwirklichungschancen“ leiden. Wenn aber nun Armut so weitläufig verstanden wird, dann, betont der wissenschaftliche Mitarbeiter am IWM, sollen Christen auch sensibel sein für die doch recht unterschiedlichen Erscheinungsformen. Clemens Sedmak, Leiter des Salzburger Instituts für Ethik und Armutsforschung, gibt zu bedenken, dass der Dienst einer Kirche der Armen auch in der Lage sein müsse, lokale Gegebenheiten einzubeziehen und durch diese Vielfalt der Reichtum des Evangeliums besser zum Ausdruck kommen könne.

Einen weiteren Aspekt bringt der IWM-Mitarbeiter Sebastian Pittlein, indem er auf den Appell des Papstes zu sprechen kommt, „an die Ränder zu gehen“, das heißt, alle Orte aufzusuchen, wo Menschen vom Scheitern bedroht sind oder die „Zerbrechlichkeit ihres Lebens“ erfahren. Das kann am Ende natürlich zu einer „verbeulten Kirche“ führen, schreibt Clemens Sedmak, der damit einen Begriff von Franziskus aufnimmt. Kirche lebe von ihrer Offenheit und dürfe sich nicht abschotten, beispielsweise aus Angst, einen Fehler zu begehen. Erst eine Kirche, die sich den Bedürftigen zuwendet, wird ihrer „Sendung und ihrem Daseinszweck entsprechen“, schlussfolgert der Dogmatiker Martin Kirschner aus der Kirchenkonstitution *Lumen gentium*.

Wenn die Kirche sich konsequent an den Armen ausrichten soll, sind damit aber durchaus weitere Implikationen verbunden. Der Innsbrucker Dogmatiker Willibald Sandler spricht davon, dass Kirche auf diese Weise an die Grenzen ihres wesensmäßigen Auftrages geführt werde, weil man spüre, dass die eigenen Fähigkeiten und Mittel unzureichend sind, um Gegebenheiten oder Verhältnisse zu verändern. Und er weist auf ein vermeintliches Paradoxon hin: Kirche soll Armut bekämpfen, aber zugleich in dieser Form leben? Der Autor sieht die Lösung in ei-

nem starken Weg der Mitte, der sowohl Weltbezogenheit als auch Welttransparenz beinhaltet.

Ob eigentlich eine arme Kirche überhaupt ein erstrebenswertes Ideal ist, zieht Markus Patenge durchaus in Zweifel. Wenn nämlich die Kirche allen Besitz veräußere, um auf diese Weise Bedürftige zu unterstützen, biete sich das ggf. für eine Nothilfe an, langfristig helfe sie den Armen damit aber keineswegs. Der Verfasser stellt dabei deutlich heraus, dass das Bestreben nach Besitz zunächst einmal nicht mit negativen Vorzeichen besetzt sei, aber die Gefahr beinhalte, den Egoismus zu fördern. Die Institution Kirche müsse sich stets aufs Neue der Frage zuwenden, wie viel Geld, Macht und Wohlstand sie brauche. Dies hatte bei der eingangs genannten Tagung der Gesellschaftsethiker Bernhard Emunds gefordert und die Kirche aufgerufen, selbst eine Kontrast- oder Alternativgesellschaft zu sein. Uta André, Studienleiterin an der Missionsakademie der Uni Hamburg, schreibt: „Alle Kirchen sind da zu kritisieren, ... wo sie eine authentische Botschaft vom Reich Gottes aufgrund eines eigennütigen Wohlstands verunmöglichen.“ Dass sich Kirche aber nicht außerhalb der Welt stellen könne, sondern mit den vorhandenen Mitteln am Kampf gegen die Armut beteiligen solle, wird ebenso in dem Buch deutlich. Interessant sind in diesem Zusammenhang die Aussagen des Kirchenrechts, die Nicole Hennecke untersucht hat. Wenngleich auch im CIC nicht die Redeweise von einer „armen Kirche“ auftauche, betone das Kirchengesetz gleichwohl die Verpflichtung zur Demut, die Caritas besonders gegenüber den Armen und fordere schlussendlich zu gesellschaftlichem Engagement auf. Universalkirchliches Recht, erklärt Nicole Hennecke, stelle nicht das Vermögen von Kirche generell in Frage, sondern das Wie. Die Leiterin der Katholischen Erwachsenenbildung Saarbrücken nennt zwei konkrete Fälle, in denen eine solche Aufarbeitung stattfinden könnte: die Geschehnisse in Limburg und die Finanzprobleme innerhalb der Generalleitung des Franziskanerordens.

Die von Hennecke aus juristischer Perspektive angesprochene soziale Dimension einer Armutsoption bedarf aber durchaus einer weiteren kritischen Reflexion. Der argentinische Philosoph Juan Carlos Scannone SJ bezieht sich intensiv auf das Papst-Schreiben *Evangelii Gaudium*, in dem Franziskus Gemeinschaftsleben und Verpflichtung gegenüber anderen als „unausweichlichen“ Inhalt des Glaubensbekenntnisses darstellt. Daraus lässt sich für den Autor, verkürzt gesagt, ableiten, dass Christen an der Behebung solcher Strukturen beteiligt sein sollen, die Armut bedingen. Der Papst fordere „zu einer so genannten Kultur der Solidarität als individuelle und gesellschaftliche Tugend auf“, erläutert Scannone.

Die Befreiungstheologen, zu denen man den Papst „beim besten Willen“ nicht zählen kann, setzen indes einen anderen pastoralen Schwerpunkt, wie der brasilianische Theologe Francisco de Aquino Junior trennscharf herausarbeitet. Diese Denkrichtung betone einen erforderlichen Wandel der gesellschaftlichen Strukturen. Gleichklang beider Seiten, also Befreiungstheologen hier und Theologen wie Papst Franziskus dort, bestehe allerdings in der Option für die Armen. Während der Autor selbst dafür eintritt, beide Richtungen gemeinsam in den Blick zu nehmen, macht Uta André darauf aufmerksam, dass sich der Ökumenische Rat der Kirchen, der rund 500 Millionen Christen repräsentiere, sehr deutlich positioniert und einen Systemwandel einfordert, der unter anderem eine Finanztransaktionssteuer und eine Besteuerung von Kapital beinhaltet. Und die Autorin erinnert an die Schriften von Martin Luther, mit denen er den Wucher bei Zinsen und Darlehen seiner Zeit anprangert.

So sehr es zu den Pluspunkten des Buches gehört, das Thema aus einer Vielzahl von Blickrichtungen zu behandeln, so kann man kaum über ein Manko hinweggehen: Es mangelt an einer inhaltlichen Struktur. Damit wird die Gefahr real, dass Zitate und Ereignisse wiederholt auftauchen. Bedauerlich wird es allerdings, wenn wichtige Zusammenhänge nicht hergestellt werden. Beispielswei-



se findet sich die kritische Würdigung der zentralen Franziskus-Formulierung „Rand“ nicht bei der Beschreibung, sondern an einer ganz anderen Stelle im Buch. Es wäre auch von Vorteil gewesen, die Anfragen, die eine Option für die Armen an das Leben von Amtsträgern und Theologen stellt, ebenso zu bündeln wie die biblischen und historischen Rückblenden.

Bewegend und anschaulich sind die Berichte von Sr. Agnes Lanfermann, General Koordinatorin der Missionsärztlichen Schwestern aus konkreter praktischer Arbeit im Umgang mit Not Leidenden und Bedürftigen, darunter Drogenabhängige, Alkoholranke und Arbeitslose. Dass die Armutsbekämpfung der Kirche bei den Betroffenen einen durchaus guten Ruf genießt, analysiert der Jesuit Jörg Alt, sieht

allerdings auch Schwachpunkte, unter anderem die vermeintliche Nähe mancher Hilfsorganisationen zu den Mächtigen in verschiedenen Dritte-Welt-Staaten. Dabei stehen nach Worten der Osnabrücker Dogmatikerin Margit Eckholt der Kirche als „global player“ viele Möglichkeiten offen, mit eigenen Beiträgen „Zeichen zu setzen und Hoffnung zu stärken“.

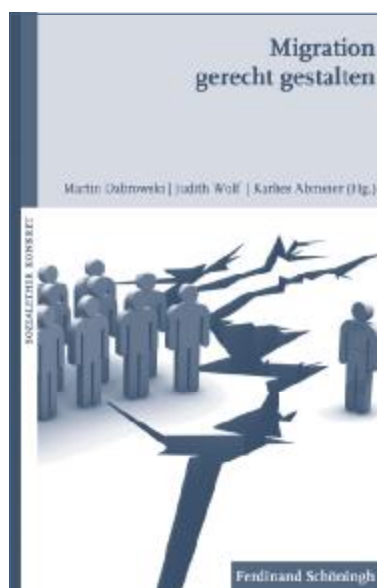
*Theo Körner, Dortmund*

## Ethik der Migration

*Martin Dabrowski, Judith Wolf, Karlies Abmeier (Hg.): Migration gerecht gestalten, Paderborn: Ferdinand Schöningh 2015, 187 S., ISBN 978-3-506-78196-3.*

Der Band dokumentiert eine Tagung, die im Herbst 2014 im Franz Hitze Haus in Münster veranstaltet wurde. Die Kooperation der Akademien Franz Hitze Haus und „Die Wolfsburg“ mit der Konrad-Adenauer-Stiftung und den sozialetischen Lehrstühlen der Universitäten Bochum und Münster hat sich schon in anderen interdisziplinären Projekten bewährt. Obwohl die Beiträge vor den aktuellen Debatten um die Flüchtlingspolitik verfasst wurden, ist ihre Lektüre gerade auch nach den Erfahrungen der verstärkten Migration nach Deutschland im Jahr 2015 sehr zu empfehlen, um einen unaufgeregten Einblick in verschiedene Facetten eines oft stark emotional aufgeladenen Themas zu erhalten.

Das Buch gliedert sich in vier Hauptbeiträge, die jeweils in zwei Korreferaten kommentiert werden. Auch wenn die Beiträge nicht unbedingt zu kontroversen Sichtweisen Anlass gegeben haben, ergeben sie doch in der Zusammenschau ein erfreulich breites Spektrum von Informationen und methodischen Annäherungen. Den Texten ist anzumerken, dass sie für die Drucklegung gründlich bearbeitet wurden und einen aktuellen Forschungsstand präsentieren. Besonders hervorzuheben ist die Qualität der kommentierenden Aufsätze, die als komplementäre Texte mit je eigenem Profil den



ihnen zugrundeliegenden Hauptreferaten in nichts nachstehen.

Die vier ausgewählten Themenschwerpunkte sind neue sozialwissenschaftliche Einsichten zur Migration, eine kritische Sichtung der rechtlichen Regelungen, wirtschaftspolitische Optionen für die Steuerung des Arbeitsmarkts sowie ein sozialetischer Blick auf konkrete Handlungsfelder der Integration von Migranten. Da hier leider nicht alle Autorinnen und Autoren gewürdigt werden können, seien lediglich beispielhaft einige Aspekte herausgegriffen, die für das Niveau der bereits geleisteten Arbeit stehen und die zu weiteren Diskussionen herausfordern. Bemerkenswert ist, dass ethische Überlegungen in sämtlichen Ar-

tikeln zum Zuge kommen, also nicht nur im explizit sozialetischen vierten Teil, und dass damit die Leitfrage nach einer *gerechten* Gestaltung von Migration aus der Sichtweise aller beteiligten Disziplinen aufgegriffen wird. Dieses gemeinsame Bemühen um eine Fokussierung gibt dem Band eine begrüßenswerte Kohärenz, die ja von Tagungsdokumentationen durchaus nicht immer erreicht wird.

Der Eröffnungsbeitrag des Soziologen Ludger Pries (S. 11–23) thematisiert den in Deutschland relativ spät erfolgten Paradigmenwechsel zum Selbstverständnis als modernes Einwanderungsland und zeigt, wie der nationalstaatliche „Container“, der herkömmliche Bezugsrahmen für die Beschreibung sozialer Ungleichheit, durch transnationale Strukturen beeinflusst wird, die für immer mehr Menschen eine erfahrbare Wirklichkeit darstellen, in der sie ihre Vorstellungen von Ungleichheit und Gerechtigkeit entwickeln. In einem ausführlichen zweiten Haupttext (S. 39–80) schildert Markus Babo die Tendenzen im Ausländer- und Asylrecht am Beispiel Deutschlands unter Berücksichtigung der europarechtlichen und internationalen Verbindlichkeiten. Die Kommentierung dieses von einem bestens informierten theologischen Sozialetiker geschriebenen Beitrags durch zwei Vertreter der Rechtswissenschaft ist besonders anregend hinsichtlich der Kommunikation zwischen den Disziplinen. Jan Schneider und Caroline Schultz, beide vom Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Migration und



Integration, beschäftigen sich im dritten Teil mit der ethisch relevanten Frage, wie sich eine ökonomisch erwünschte Migration auf den Arbeitsmarkt auswirkt und welche Steuerungsinstrumente dabei zum Zuge kommen (S. 97–130). Marianne Heimbach-Steins diskutiert schließ-

lich als Sozialethikerin die normativen Gehalte von Integrationskonzepten und zeigt, wie sich diese in lebensweltlichen Kontexten konkretisieren (S. 149–170).

Insgesamt ist durch die Kooperation aller Beteiligten ein hervorragend komponierter Sammelband entstanden, der

durch ein hohes Maß an ethischem Reflexionsvermögen über die Fächergrenzen hinweg überzeugt und als Inspirationsquelle für eine künftige Ethik der Migration mit Nachdruck empfohlen werden kann.

Walter Lesch, Louvain-la-Neuve



### Bericht

# Demokratie und Partizipation im 21. Jahrhundert

Bericht zur Jahrestagung 2015  
in der Katholischen Akademie „Die Wolfsburg“

„Alles Politische beginnt (und endet) mit der Partizipation“, schreibt der Befreiungsphilosoph Enrique Dussel und weist damit auf den zentralen Stellenwert der Partizipation für die Demokratie hin. Dieser postulierte enge Zusammenhang von Demokratie und Partizipation manifestiert sich auch in aktuellen Beobachtungen: An vielen Orten fordern Menschen, teils in öffentlichem Protest, demokratische Mitbestimmung ein – unabhängig davon, ob sie bereits in einer Demokratie leben oder nicht. Andernorts fühlt sich eine schweigende Masse von der Politik ausgeschlossen und die Rede von der Krise der Demokratie, gerade in den „etablierten“ Demokratien des Westens, macht die Runde. Das Forum

Sozialethik 2015 fragte dem nachgehend, wie es heute um das Verhältnis von *Demokratie und Partizipation* sowie um die Zukunft der Demokratie bestellt ist.

Ausgangspunkt der Überlegungen bildet die Frage nach den Ansprüchen, die mit der Idee der Demokratie verknüpft sind, und der wahrgenommenen Realität politischer Praxis. Ein zentrales Versprechen der Demokratie ist die Beteiligung aller an der politischen Macht: Wie kann das heute funktionieren, wenn klassische Wege, wie Wahlbeteiligung und Parteimitgliedschaft, für viele obsolet geworden sind? Ein zweites Versprechen ist die Achtung der Interessen aller von einer Entscheidung Betroffenen: Sind plurale und post-sä-

kulare Gesellschaften aber nicht viel zu disparat, um sie unter einem gemeinsamen Dach zu vereinen? Drittens schließlich wirft der Optimismus für das Erfolgsmodell (westlicher) Demokratie insgesamt Fragen auf: Ist dieses Modell, angesichts gescheiterter Demokratisierungsprozesse in den Ländern der arabischen Welt und dem Erfolg autoritärer Regierungsformen in China und Russland, tatsächlich der weltweite Weg in die Zukunft?

In ihrem Einführungsvortrag knüpften *Luisa Fischer* (Mainz) und *Sebastian Zink* (Osnabrück) an diese Fragen an, indem sie mit *Noberto Bobbio* einen italienischen Demokratietheoretiker vorstellten, der schon 1984 einige nicht eingehaltene Versprechen